

Beitrag 9 vom 30.12.2025: **Deutschlands verpuffende Investitionen:**

Dieser Beitrag reiht sich thematisch in jene dieser Rubrik ein, welche sich mit grundlegenden Fehlentwicklungen in Deutschland auseinandersetzen, so vor allem die Beiträge 1, 4, 5, 7 und 8 sowie mehreren weiteren aus anderen Rubriken auf dieser Internetseite, so beispielsweise in der Rubrik ‚Vernunftplattform‘ im Themenbereich 3 ‚Grundsätzliches zu Deutschland‘, dort vor allem die Beiträge 2, 3 und 5 mit den Überschriften: ‚Grundlegende Fehlentwicklungen‘, ‚Fehlentwicklungen‘ sowie ‚Denkanstöße‘ sowie in der Rubrik ‚Textsammlung‘ auf den Themenbereich 5 ‚Kommentierte Medienberichte‘ und dort der Beitrag ‚1.7. Verhängnisvolle Abhängigkeiten‘.

Im Zuge der Bewilligung von Rekordverschuldungsmöglichkeiten des Bundes durch entsprechende Grundgesetzänderungen dieses Jahres bestehen zurzeit sehr große finanzielle Spielräume für sinnvolle Zukunftsinvestitionen, welche dieses Land dringend nötig hat. Aber es ist damit auch die Gefahr verbunden, dass man diese neuen, riesigen Verschuldungsmöglichkeiten seitens der politisch Verantwortlichen für andere, wenig bis gar nicht sinnvolle Ausgaben verpulvert, so zur Finanzierung aktueller konsumtiver Zwecke oder aber für Fehlinvestitionen. Auf beide Tatbestände habe ich in den oben genannten Beiträgen bereits hingewiesen. In diesem Beitrag wird dieser negative Befund ein weiteres Mal durch einen Artikel auf t-online vom 29.12.2025 bestätigt, der wiederum Bezug nimmt auf ein Interview in der ‚Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung‘, in welchem der Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, Prof. Moritz Schularick, zu Wort kommt. Ich zitiere nachfolgend einige Auszüge aus dem t-online-Artikel und kommentiere diese dann kurz:

„Der Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, Moritz Schularick, hat gewarnt, Deutschland stelle aus seiner Sicht in entscheidenden Zukunftsfragen nicht mutig genug die Weichen. Am Kurs der Bundesregierung übte der 50-Jährige im Interview mit der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" scharfe Kritik.

Schularick sagte, die Enttäuschung über die Bundesregierung speise sich aus zwei Aspekten: "Zum einen die Frage: Gibt die Regierung das Geld, das zur Verfügung steht, gut und sinnvoll aus? Hier muss man

konstatieren, dass sie das bisher nicht besonders gut macht. Weder bei der Verteidigung noch bei der Infrastruktur oder dem Wohnungsbau sehe ich ein überzeugendes Konzept."

Auch grundsätzliche Reformen des Sozialstaats seien in dieser Koalition kaum zu erwarten: "Schwarz-Grün hätte wahrscheinlich mehr geliefert. Die sogenannte große Koalition ist ja geradezu die Verkörperung des alten bundesrepublikanischen Sozialmodells", so Schularick. "In dieser Konstellation wird es sehr schwer, grundlegende Veränderungen vorzunehmen."

Dass nicht einmal die einfachsten Verbesserungen umgesetzt würden, wertete Schularick als besonders ernüchternd: "Meine Enttäuschung kommt insofern eher daher, als nicht einmal die niedrig hängenden Früchte gepflückt werden."

Scharfe Kritik an Verteidigungsausgaben

Bei den geplanten Verteidigungsausgaben etwa stelle Deutschland zwar jedes Jahr rund 100 Milliarden Euro mehr bereit, doch es gebe bislang keine erkennbare Strategie für die Mittelverwendung. "Wenn sich nichts ändert, werden wir bis zum Ende des Jahrzehnts im Blindflug eine halbe Billion ausgeben und am Ende genauso abhängig sein von den USA wie bisher."

Schularick zufolge fließt der Großteil der Mittel weiterhin in veraltete Systeme. Weniger als ein Prozent des Verteidigungsbudgets werde aktuell für Forschung und Entwicklung ausgegeben – in den USA seien es 15 Prozent. "Wir finanzieren gerade mit viel Geld die Armee von gestern", sagte er. Dabei brauche es Investitionen in Technologien, die etwa in der Ukraine längst militärischer Alltag seien – darunter Drohnen, Robotik und autonome Systeme.

Auch in der Industriepolitik mangle es laut Schularick an konkreten Plänen, wie Kapazitäten in sicherheitsrelevanten Schlüsseltechnologien aufgebaut werden sollen. Statt Stückzahlen zu bestellen, müsse der Staat Anreize setzen, damit Unternehmen industrielle Fertigung aufbauen – etwa für Abwehdrohnen oder Flugabwehrsysteme. Nur so lasse sich auch glaubwürdige Abschreckung erreichen.

Haushaltskrise trotz Grundgesetzänderung

Auch an der Haushaltspolitik der Bundesregierung übte Schularick deutliche Kritik. Die Grundgesetzänderung zur Reform der Schuldenbremse habe zwar zusätzliche Spielräume geschaffen – doch diese seien aus seiner Sicht nicht sinnvoll genutzt worden.

"Dass man dann aber im gleichen Atemzug die Mütterrente, die Mehrwertsteuersenkung für die Gastronomie und die höhere Pendlerpauschale verspricht – alles Dinge, die ökonomisch nicht zu rechtfertigen sind – das hat dieser Diskussion erst die Schärfe gegeben", so Schularick.

"Wir ändern das Grundgesetz, um Schulden zu ermöglichen, und haben wegen sinnloser Wahlgeschenke sechs Monate später wieder eine Haushaltskrise, das kann man dem Land nicht erklären."

Warnung vor wirtschaftlicher Rückwärtsgewandtheit

Als tiefgreifendes Problem sieht Schularick den mangelnden Veränderungswillen der Gesellschaft. Noch immer setze man auf ein Wirtschaftsmodell, das auf den Industrien des 20. Jahrhunderts basiere – allen voran die Autoindustrie.

"Zurzeit ist vielen in Deutschland immer noch nicht klar, wie sehr unser Wirtschaftsmodell gefährdet ist", sagte er. "Wir sind eine Gesellschaft, die rückwärts in die Zukunft geht." Zwar könne es sein, dass die Autoindustrie auch in fünf Jahren noch eine Rolle spiele – aber: "Niemand wird mit gutem Gewissen behaupten, dass das Wachstum des nächsten Jahrzehnts von den Autos kommen wird."

Als Zukunftsbereiche mit wirtschaftlichem Potenzial nannte er Klimatechnologien, Elektromobilität, Robotik und Präzisionsmedizin.

Gleichzeitig müsse Europa industriepolitisch aktiver werden – etwa indem der Zugang zum EU-Binnenmarkt künftig an Bedingungen wie lokale Produktion oder Technologietransfer geknüpft werde. "Genauso haben es die Chinesen mit uns auch gemacht." Ende des Zitats.

Die oben aufgeführten Einschätzungen von Prof. Schularick decken sich weitgehend mit meinen eigenen, bis auf eine: Ich gehe nicht davon aus, dass eine schwarz-grüne Koalition wirklich bessere Ergebnisse erzielt hätte.

Aber davon abgesehen legt Prof. Schularick den Finger in die deutschen Wunden, so in folgende:

- Die Bundesregierung gibt viel zu viel Geld für Sozialausgaben aus, die nicht einmal zielgenau den wirklich sozial Schwachen helfen, wie die Erweiterung der Mütterrente.
- Es wird viel Geld für weitere konsumtive Zwecke wie die Erhöhung der Pendlerpauschale oder die Mehrwertsteuersen-

kung für Gastronomen ausgegeben. Derartige Wahlgeschenke bringen einige kurzfristige finanzielle Vorteile für die damit Beschenkten, verbessern aber nicht die Zukunftsfähigkeit des Landes. Aber das dafür verwendete Geld ist erst einmal weg und steht für andere, viel wichtigere Investitionen nicht mehr zur Verfügung!

- Im Verteidigungsbereich plant Deutschland in den kommenden Jahren mehr als 100 Milliarden Euro jährlich mehr als bisher auszugeben, ohne dass nach Meinung von Prof. Schularick eine sinnvolle Strategie erkennbar sei und fasst diesen Befund prägnant mit folgenden Worten zusammen: „Wir finanzieren gerade mit viel Geld die Armee von gestern.“ Er begründet dies u.a. damit, dass viel zu wenig Mittel in zukunftsgerichtete technologische Forschung und Entwicklung fließen, nämlich bei uns in Deutschland nur rund 1% während es in den USA ungefähr 15% seien. Ebenfalls fehle es hierzulande an einer durchdachten Industriepolitik im Verteidigungsbereich: es wäre viel sinnvoller, Industriekapazitäten in sicherheitsrelevanten Schlüsseltechnologien aufzubauen, anstatt Stückzahlen zu bestellen. Der Staat müsse seiner Ansicht nach viel mehr Anreize für die Herstellung industrieller Fertigung schaffen und verweist in diesem Zusammenhang auch auf die Erfahrungen aus dem anhaltenden Krieg gegen die Ukraine. Er äußert daher folgende Befürchtung: „Wenn sich nichts ändert, werden wir bis zum Ende des Jahrzehnts im Blindflug eine halbe Billion ausgeben und am Ende genauso abhängig sein von den USA wie bisher.“
- Er warnt vor einer wirtschaftlichen Rückwärtsgewandtheit verbunden mit einem mangelnden Veränderungswillen in großen Teilen der gesamten deutschen Gesellschaft und bringt dies mit folgenden Worten auf den Punkt: „Wir sind eine Gesellschaft, die rückwärts in die Zukunft geht.“ Ich kann mich dem voll und ganz anschließen und verweise nochmals vor allem auf meine oben genannten Beiträge in der Rubrik ‚Vernunftplattform‘ auf dieser Internetseite.
- Schließlich verweist Prof. Schularick auch noch auf das Beispiel Chinas: Dieses Land hat in den letzten Jahrzehnten strategisch-planvoll seine Industriepolitik verfolgt, indem man konsequent den Zugang zum eigenen Markt mit lokaler Produktion ein-

schließlich einem für China sehr lohnenden Technologietransfer verknüpft hat. Dergleichen müsste man so schnell wie möglich nun seitens der EU in die Wege leiten. Dem kann ich mich wiederum anschließen, allerdings ohne dass ich eine entsprechend tiefgreifende Umkehr erkennen kann und zwar weder auf deutscher noch europäischer Seite.

All das oben Aufgeführte ist sehr frustrierend und macht mich zunehmend wütend, vor allem auch auf unsere derzeit politisch Verantwortlichen und ihrer mangelnden Weitsicht sowie dem fehlenden Mut, durchgreifende Veränderungen auch wirklich konsequent in die Wege zu leiten. Wenn wir hierzulande wie in Europa aber nicht in der nötigen Geschwindigkeit in die richtige Richtung umsteuern, dann droht uns schon sehr bald ein noch viel härterer Aufschlag auf dem Boden einer für uns unerfreulichen Wirklichkeit, als wir es bereits schon im Jahr 2025 erfahren mussten.